

Stadtverwaltung (Dezernat X), 60275 Frankfurt am Main

Per Postzustellungsurkunde

Frankfurt

Auskunft erteilt

Zimmer

B3.25

Fax

./.

7@stadt-frankfurt.de

Datum

03.11.2023

**Ihr Antrag auf Auskunft nach der Informationsfreiheitsgesetz der Stadt
Frankfurt i. V. m. den §§ 80 – 89 HDSIG vom 01.10.2023**

Sehr geehrte

1. Ihren Antrag vom 01. Oktober auf Auskunftserteilung lehnen wir ab.
2. Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Begründung:

1.
Sie baten darum Ihnen den Wortlaut des Beschlusses des Magistrats der Stadt Frankfurt über die Erteilung eines Sondernutzungsrechts für die Europäische Zentralbank (EZB) für das o. g. in Besitz der Stadt Frankfurt befindliche Areal zur Verfügung zu stellen. Dies ist uns leider nicht möglich, da uns hierzu kein Magistratsbeschluss bekannt ist.

2.
Sie baten um den Wortlaut der Verträge, die „zwischen Grünflächenamt beziehungsweise Hafengebieten und der EZB“ abgeschlossen wurden.

Einer Auskunftserteilung steht § 82 Nr. 2 b) HDSIG entgegen, da wir durch das Bekanntwerden dieser Information nachteilige Auswirkungen auf Belange der äußeren oder öffentlichen Sicherheit befürchten. Insbesondere befürchten wir nachteilige Auswirkungen auf die Sicherheit der Europäischen Zentralbank, respektive deren Leitungspersonal, da es in der Vergangenheit schon versuchte Terroranschläge gab. Bei der EZB handelt es sich um einen Sicherheitsbereich des zentralen Organs der Europäischen Union zur Regulierung der Geld- und Währungspolitik sowie der Überwachung des Bankensystems.

...

Zur Erfüllung dieser Aufgaben trifft die EZB Entscheidungen die nicht immer auf Zustimmung aller politischen oder gesellschaftlichen Gruppierungen oder der Bevölkerung stoßen. Deutlich wurde dies 2012 und 2013 als das Blockupy-Bündnis zu Aktionstagen mit dem Ziel, das Tagesgeschäft der EZB in Frankfurt zu stören und gegen die europäische Finanzpolitik im Hinblick auf die Eurokrise zu protestieren, aufrief. Vor allem aber 2015 als die Proteste gegen die EZB mit brennenden Autos, hunderten von Festnahmen und über 80 verletzten Polizisten eskalierten.

Auch besteht eine grundlegende Gefahr von terroristischen Anschlägen auf die EZB als Europäische Institution um die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu destabilisieren und radikale politische Ziele voranzutreiben. Aus den vorgenannten Gründen wurde das Gelände der EZB selbst sowie das Umfeld in einer Form ausgestaltet, die Anschläge auf die EZB oder deren Personal verhindern soll.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Frankfurt am Main, Adalbertstraße 18, 60486 Frankfurt am Main, erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Rosemarie Heilig
Stadträtin